

presse

AG Ernährung und Landwirtschaft

Deutschland muss raus aus der Glyphosatanwendung

Ute Vogt, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende;

Rita Hagl-Kehl, Stellvertretende ernährungspolitische Sprecherin:

Der Expertenstreit um den Wirkstoff Glyphosat muss beendet werden. Deutschland muss endlich Klarheit schaffen und die Anwendung von Glyphosat in der Landwirtschaft spätestens bis 2022 verbieten. Die Anwendung in privaten Haushalten, in öffentlichen Parks, Gärten und auf Spielplätzen ist sofort zu verbieten.

„Landwirtschaftsminister Schmidt hat wertvolle Zeit verstreichen lassen. Das von der SPD-Bundestagsfraktion geforderte Ausstiegskonzept für glyphosathaltige Pflanzenschutzmittel könnte längst vorliegen. Stattdessen wird der Schwarze Peter der EU-Kommission zugeschoben. Aus vorsorgenden Gesundheitsgründen und zum Erhalt der biologischen Vielfalt muss Glyphosat spätestens in fünf Jahren vom Markt verschwunden sein.

Der Ausstieg aus glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln muss begleitet werden. Die SPD-Bundestagsfraktion will einen umweltverträglicheren und nachhaltigen Pflanzenschutz. Das Insektensterben ist eine Warnung auch für die Landwirtschaft. Ein schrittweiser Glyphosatausstieg schafft Chancen für eine zukunftsfähige, innovative und nachhaltige Landwirtschaft. Wir fordern deshalb, dass in einem nationalen Ausstiegsplan verstärkt auf die Forschung für alternative Bewirtschaftungsmethoden und ökologisch verträglichere Pflanzenschutzmittel gesetzt wird. Die Landwirte brauchen Informationen und Beratung. Dafür muss die Bundesregierung Mittel bereitstellen.“